

Vom 5. bis 7. November 2004 fand in Thüringen die 18. (ordentliche) Tagung der Nationalversammlung des Deutschen Ostens (NDO) statt.

Über ihren Verlauf ist in der Herbst/Winter-Ausgabe des GDO-Rundbriefes 2004 berichtet worden. Dort war auch angekündigt, daß die während der Tagung gehaltenen Sachvorträge in den folgenden Ausgaben der GDO-Rundbrief-Hefte wiedergegeben werden.

Nachstehend folgt jener (hier leicht ergänzte) Vortrag, den Günther M i k u l l a, der Staatskanzler der Vereinigten Ostdeutschen Reichsgebiete (VODR), gehalten hat. Er ist durch die Tagungsteilnehmer mit viel Beifall aufgenommen worden.

Herr Präsident! Mitglieder der Nationalversammlung! Meine Damen und Herren!

## **Deutschland am Abgrund**

**Ein Volk – von seinen Wurzeln abgeschnitten – geht zugrunde; denn es weiß nicht, woher es kommt und wohin es zu gehen hat.**

*Ein politischer Freund drückte es folgendermaßen aus: "Wer geschichtslos, ist gesichtslos."*

Durch die „Umerziehung“ wurden von den Siegermächten des 2. Weltkrieges alle diejenigen sittlichen Maßstäbe zerstört, welche mit deutschem Lebensrecht, deutscher Selbstbehauptung, deutscher Gleichberechtigung im Leben der Völker und deutscher Ehre zusammenhingen.

Mit der „Umerziehung“ wurden auch die einstigen Werte, welche das deutsche Volk groß und stark gemacht hatten, abgewertet. Aus Disziplin und Gehorsam wurde Kadavergehorsam, aus Tüchtigkeit und Fleiß wurde Ausbeutung, aus Unterordnung wurde Freiheitsentzug und aus Mut, Tapferkeit und Heldentum wurde ein schuldbeladener Einsatz für eine verbrecherische Gruppe - wie fälschlicherweise noch heute behauptet wird.

Der Vernichtungswille der Sieger war allein maßgebend geworden. Die totale Kapitulation - ein rein militärischer Begriff und Vorgang - wurde auf das Politische, das Geistige, das Moralische ausgedehnt: Totale Kapitulation im totalen Sinne der absoluten Willenlosigkeit des besiegten Volkes, der absoluten Willkür der Sieger.

Das Selbstbewußtsein des besiegten Volkes auszulöschen, war das eigentliche Endziel der Sieger, war Sinn und Zweck der „Umerziehung“. Der Besiegte muß die Geschehnisse, seine eigene Vergangenheit, seine Geschichte durch die Brille seiner Feinde sehen und beurteilen, sein eigenes „Ich“, die nationale Identität auslöschen, sich allein schuldig bekennen.

Diese Pläne der „Umerziehung“ waren langfristig angelegt und gehen auf das Jahr 1943 zurück. Ziel war es, den Deutschen den „American Way of Life“ beizubringen. Die Hauptlektion der Deutschen auf dem Weg zur Demokratie war die Übernahme des Prinzips der Gleichheit, bezogen auf Menschen und Ideen. Der Kern der Kritik richtete sich gegen die deutsche Familie mit ihrer autoritären Struktur. Die Zerstörung der Autorität des Familienoberhauptes galt als Voraussetzung für die Demokratisierung.

Die Frau müsse von den 3 K, nämlich „Kinder“, „Kirche“ und „Küche“ befreit werden, den Kindern müsse der Geist der Unterwürfigkeit ausgetrieben, Selbstbewußtsein und auch Auflehnung gegen autoritäre Eltern beigebracht werden.

Während in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg die Erlebnisgeneration noch erfolgreich Widerstand gegen Lügen und Werteverfall leistete, brachen mit der Kulturrevolution der „68er“ alle Dämme.

Die geistigen Väter dieser „68er“-Generation bildeten die „Frankfurter Schule“ im Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sich dafür leider der Verantwortlichkeit entzogenen Personen sind uns alle hinreichend bekannt:

Horkheimer, Adorno, Marcuse, Fromm, Habermas (Mitscherlich sowie Abendroth und Ernst Bloch)

Ihre Ziele waren die Zerstörung der deutschen geistigen Tradition, die Vernichtung des Volks- und Vaterlandsbewußtseins, der Abbau aller Autoritäten, die Auflösung der Familie und des Staates.

Die vorher geltenden preußischen Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Uneigennützigkeit, Bereitschaft zum Dienen und Opferbereitschaft wurden durch das Streben nach größtem Lustgewinn ersetzt.

Für diese langfristige Vergiftung unseres Volkes waren einmal die etablierten Parteien der Hebel zur Veränderung der Gesellschaft, aber auch und insbesondere der gelenkte Medienbereich mit seinen falschen Vorbildern und der gesamte Bildungsbereich.

Das Abschlußprotokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945, Befehl Nr. 2, lautet: „In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern.“

Welche Parteien als „demokratisch“ zu gelten hatten, war dann Sache des Oberbefehlshabers der jeweiligen Besatzungszone. Nur Parteien, die antifaschistisch und antideutsch waren, bekamen die begehrte Lizenz.

So begann sich im Laufe der Jahre die Bundesrepublik von einem partiellen Parteienstaat in einen tendentiell totalen Parteienstaat zu wandeln.

Im Parteienstaat ist die Ämterpatronage der Leim, der die Parteien zusammenhält. Die Abgeordneten verdanken ihr Mandat einer bestimmten Partei und wissen es auch. So bleibt es nicht aus, daß die Politiker im wesentlichen nur noch der Aufgabe genügen, Gelder für ihre Klientel zu besorgen und die Partei über die Medien ansprechend erscheinen zu lassen.

Aus der Sicht der Wahlberechtigten haben die Parteien abgehoben und werden zu einer für sich selbst sorgenden Obrigkeit.

Eine erhebliche Minderheit hält Parteien heute für korrupt; für das Urteil, daß die Politiker abgehoben haben, gibt es sogar eine deutliche Mehrheit.

Der Bürger weiß, wenn er kein Schnorrer ist, daß er nur ausgeben kann, was er eingenommen hat.

Die Parteien erwarten jedoch, daß das, was sie ausgeben wollen, ihnen auch zufließen muß. Da sie das Gesetzgebungsmonopol besitzen, vermögen sie die Rechtslage dieser Erwartung anzupassen, sofern nicht das Bundesverfassungsgericht dazwischentritt. Aber auch die Bundesverfassungsrichter wissen, wem sie ihr hochbezahltes Amt zu verdanken haben.

Im Gegensatz zu einem Richter ist in Deutschland ein Staatsanwalt abhängig und weisungsgebunden. Bevor er nur das Geringste unternehmen kann, etwa eine Vorermittlung einleiten oder eine Hausdurchsuchung vollziehen, muß er darüber seitenlange Berichte an seine vorgesetzte Behörde, die Generalstaatsanwaltschaft, schreiben. Die wiederum schickt die Berichte weiter an das Justizministerium, das dazu eine Anweisung erteilt, die an den Staatsanwalt durchgereicht wird.

Letztlich hat sich also ein Staatsanwalt dem Willen seines obersten Chefs, des Justizministers, zu beugen. Der ist selber Politiker und Angehöriger einer Landesregierung, die sich aus Parteien mit bestimmten politischen Interessen zusammensetzt.

Und so jemand soll einem Staatsanwalt die Weisung erteilen, gegen die eigene Partei, die eigene Kaste oder gar den Bundeskanzler zu ermitteln?

In Deutschland besteht heute das Übel: Alle Gewalten sind von Mitgliedern derselben Partei besetzt. Sie konstituieren letztlich den Staat und zwingen allen seinen Teilen ihre Gesetzlichkeit auf.

Das Staats-Parteiensystem hat die klassische Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt, weil alle Gewalten gleichermaßen von partei(ange)hörigen Seilschaften durchsetzt sind, denen Parteiräson vor Staatsräson geht. Der Parteienstaat läßt Gewaltenteilung "unwirklich und fassadenhaft" erscheinen.

Die Feindstaatenartikel der UNO-Charta sind nach wie vor gültig und entwickeln, unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit, Wirkung.

In den Artikeln 53 und 107 heißt es sinngemäß, daß sich die Siegermächte darin das Recht gegeben haben, sich in ihren Beziehungen zu den ehemaligen Feindstaaten nicht an das allgemeine Gewaltverbot, an das Interventionsverbot oder an den Grundsatz der Vertragstreue halten zu müssen. So könnten z. B. die USA militärische Maßnahmen gegen Ungarn oder Bulgarien durchführen, die Sowjetunion bzw. ein Nachfolgerstaat gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Es werden in diesen Artikeln ausdrücklich Handlungen erlaubt, die das allgemeine Völkerrecht verbietet.

Tatsache ist, daß bis heute keine Friedensverträge mit jenen Ländern abgeschlossen wurden, mit denen Deutschland am Ende des 2. Weltkrieges im Kriegszustand war. Es waren übrigens 50 von den 60 damals auf der Erde existierenden Nationen. Der permanente Bestand der Feindstaatenklauseln macht klar, daß selbstverständlich alle deutschen Bundeskanzler und Bundespräsidenten seit 1949 zuerst einen Eid vor den alliierten Geheimdiensten CIA und Mossad ablegen müssen, bevor sie ihre Meineide auf das deutsche Grundgesetz, die deutsche Quasi-Verfassung, ablegen.

Andreas von Bülow hat die Einzelheiten zu diesem Skandal in seinem Buch "Im Namen des Staates" ziemlich ausführlich dargelegt. Vor etlichen Jahren bestätigte Egon Bahr, daß jeder Kanzler in Bonn IM des CIA gewesen ist.

Die genannten Zwangsmaßnahmen dürfen natürlich bereits dann in Gang gesetzt werden, wenn z. B. 100 ausländische Asylanten aus Siegerländern sich in Deutschland bedroht fühlen und dieses bei der UN vorbringen. Dann dürfen die alliierten Siegermächte bereits wieder einige Millionen Tonnen Bomben täglich auf Deutschland werfen, bis kein Stein mehr auf dem anderen steht.

So einfach ist das, wenn man das richtige Gesetz und die Luftwaffe im Rücken hat.

Henry Kissinger schreibt in seinem Buch "Erinnerungen", daß die Amerikaner in die Bonner Kanzlerschaften eingriffen, wenn ihnen ein Kanzler zu eigenmächtig wurde. Sie sorgten dann dafür, daß seine Legislaturperiode vorzeitig beendet wurde.

Wer daraus schlußfolgert, daß unsere Politiker der verlängerte Arm der Siegermächte und damit unserer Feinde sind, der hat sicher Recht!

Alle Verträge Deutschlands mit Siegerstaaten und deren Verbündeten nach 1945 wurden demnach unter Erpressungsbedingungen abgeschlossen, also nicht unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Souveränität.

(So auch das Versailler Diktat von 1919)

Daraus folgt ganz klar, daß sämtliche seit 1945 unter dieser Zwangsmaßnahme mit Deutschland abgeschlossenen Verträge rechtsungültig sind, wobei ich insbesondere an den Deutschlandvertrag und den „2+4“-Vertrag denke.

So ist auch zu erklären, daß es im Zuge der Teilvereinigung ein geheimes Zusatzabkommen zum „2+4“-Vertrag gibt, das dem Sieger von 1945 weiterhin ein Kontrollrecht über die elektronischen Medien, die Printmedien und das Bildungswesen einräumt. Damit ist beispielsweise sichergestellt, daß das Volk nicht über die wahren Zwecke und Hintergründe der NATO, der UNO, der EU und der Maastrichter Verträge aufgeklärt wird.

Wenn man in einer Diktatur lebt, weiß man, was sie will, wer diktiert und was man nicht darf.

Uns hingegen die freieste aller Demokratien vorzumachen, zugleich alle Medien und Bildungssysteme zu beherrschen und zu zensieren, um uns so die unsinnigste antideutsche Politik der Vasallenregierung als Ergebnis demokratischer Entscheidungen vorzulügen, das dürfte wohl die heimtückischste aller Diktaturen sein.

So ist z. B. auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das nie dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde, nichts weiter als Schönfärberei .

Die dort niedergeschriebenen unveräußerlichen, naturgegebenen Grundrechte halten der Alltagswirklichkeit nicht stand.

In Artikel 139 des Grundgesetzes steht: „Die zur Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Mit anderen Worten, über alle von den Siegermächten unseren Vätern und Großvätern auferlegten Verbrechen gibt es weder Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit, kein Demonstrationsrecht und auch keine freie Forschung und Lehre.

Warum wohl gibt es diesen Artikel 139 im Grundgesetz?

Warum dieser Artikel, bald 60 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, immer noch im Grundgesetz steht, konnte mir bisher noch kein Jurist oder Politiker beantworten.

So ist auch der Artikel 5 des Grundgesetzes "Meinungsfreiheit" das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist.

Die Meinungsfreiheit wird seit Jahren unterdrückt.

Viele kritische und unbequeme Bürger werden bei uns verfolgt, bestraft, ins Gefängnis geworfen und um die berufliche und familiäre Existenz gebracht.

Dazu einige aussagekräftige Daten:

- 13.873 Strafverfahren wegen der §§ 86, 86 a und 130 StGB, also wegen der Kundgabe mißliebiger Meinungen, allein im Jahr 2000,
- Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Büchern und Tonträgern in einer nicht mehr zu errechnenden Zahl im Rahmen dieser Verfahren seit mindestens 1993,
- jährlich mindestens 20 - 60 Bücher bzw. Tonträger auf dem Index seit 1993,
- Berufsverbote wegen politisch unerwünschter Äußerungen oder der Zugehörigkeit zu einer legalen, aber mißliebigen politischen Partei,
- politisch motivierte Kontokündigungen
- ideologisch begründete Versammlungsverbote usw.

So sieht die Verfassungswirklichkeit der Grundrechte für nationale Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland mindestens seit Beginn der 90er Jahre aus. Seit dieser Zeit wurde die Grenze zwischen Erlaubtem und Verbotenem ständig zulasten des politischen Pluralismus und zulasten der Freiheit der Betroffenen verschoben.

Nach meiner Einschätzung ist das jetzige System nicht reformfähig. Erst nach einem Totalzusammenbruch kann ein neuer Beginn starten, dann hoffentlich mit der Wiedervereinigung Deutschlands in den rechtmäßigen Grenzen.

Deutsche Politik richtet sich nicht mehr nach den Bedürfnissen des Volkes, sondern hat sich vor allem nach dem Willen der Großwirtschaft zu richten, und diese ist längst internationalisiert und in den Klauen des internationalen Großkapitals. Sie liegen richtig, wenn Sie an die Ostküste denken!

Diese internationalisierte Großindustrie dient also nicht mehr den Bedürfnissen unseres Volkes, sondern ausschließlich den Macht- und Gewinninteressen des internationalen Kapitals.

Bezeichnend dafür ist das sogenannte MAI-Abkommen (Multilaterales Abkommen über Investitionen), das durch die Hintertür Anwendung findet, ohne jemals in der Öffentlichkeit Deutschlands bekanntgemacht worden zu sein.

In diesem Abkommen heißt es sinngemäß:

Jede politische Maßnahme, die gewinnmindernd wirkt, etwa Gesetze zum Schutz der Umwelt oder der Verbraucher oder Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer, kann die ausländischen Investoren zu Schadensersatzklagen vor einer internationalen Schiedsstelle berechtigen. Die Investoren werden auf keinen sozialen und ökologischen Mindeststandard festgelegt.

Die betroffene Regierung gibt also einen wichtigen Teil ihrer Hoheitsrechte auf. Vordergründig geht es um Arbeitsplätze, in Wirklichkeit um Gewinninteressen, hinter denen das Gemeinwohl der jeweiligen Länder zurückzustehen hat.

Beispiellos ist auch die Gültigkeit des Abkommens. Wer einmal Mitglied ist, kann frühestens nach 5 Jahren einen Antrag auf Austritt stellen. Danach bleibt die Mitgliedschaft weitere 15 Jahre bestehen. Nach Verabschiedung des Abkommens durch die OECD-Staaten ist der Beitritt der Entwicklungsländer vorgesehen, was in diesen Ländern fatale soziale und ökologische Folgen haben könnte.

Genau das sind auch die Rahmenbedingungen, die die Welthandelsorganisation (WTO) und Internationaler Währungsfonds (IWF) zugrunde legen!

Damit ist eine Deformation unserer Marktwirtschaft zum vermachteten Kapitalismus mit den von uns so beklagten und korrekturbedürftigen Verwerfungen geschaffen worden, wobei die ehemals auf den Menschen orientierte Wirtschaft sich nur noch auf das Kapital orientiert. Je stärker die Marktwirtschaft zum Kapitalismus vermachtet wurde, desto geringer wurden die Hemmschwellen der Konzerne und der Arbeitsmarktkartelle gleichermaßen, über Menschen nur noch als Kostenfaktoren zu verfügen.

Nicht die Marktwirtschaft ist eine Fehlentwicklung, sondern die Vermachtung in der Marktwirtschaft, bei der von der Leistungserstellung weit entfernte Funktionäre auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite die Wettbewerbs Ordnung ausschalten und nur noch für das Kapital statt für die Menschen wirtschaften. So haben unsere Vasallenpolitiker das Volk verraten und den Weg in ein destruktives Wirtschaftssystem beschritten, nämlich den Weg einer Wirtschaft ohne Ethik.

Eine Wirtschaft aber, deren erste und letzte Maßnahme ohne Unterlassungen einzig und allein durch Überlegungen des Profits entschieden werden, ist eine Wirtschaft mit negativen Vorzeichen. Wenn wir erleben, mit welcher Unbedenklichkeit, ja Gewissenlosigkeit manche Industriezweige ihr Geschäft zum Schaden der Umwelt und auf dem Rücken der Volksgesundheit vorantreiben, so müssen wir staunend wahrnehmen, daß sich unter unseren Augen ein neuer, beinhardter und moderner Umweltkolonialismus breitmacht, der aller ethischen Grundsätze entbehrt.

Unsere globalisierte Großindustrie pflegt alles zu unterlassen, was Geld kostet und keinen Gewinn bringt, selbst wenn es lebensnotwendig und lebensrettend wäre. Die globalisierte Großindustrie veranlaßt jedoch alles, was Geld bringt, selbst um den Preis der Zerstörung. Ein solches Wirtschaftssystem ist unmoralisch.

#### **Auch die Wirtschaft muß durch Grundsätze der Ethik geleitet werden.**

Eine Wirtschaft ohne Ethik ist auf Dauer ebenso wenig lebensfähig, wie eine Gesellschaft ohne Ethik, ein Staat ohne Ethik, eine Partei ohne Ethik.

Leben, Natur und Mensch müssen vor den Marktgesetzen Vorrang haben. Zunehmend machen sich illegale Methoden breit: Korruption, Gutachterkauf, Medienmanipulation, Betrug, Unterschlagung wachsen auf dem Boden einer ungebremsten Profitsucht.

Die Verächtlichmachung der Begriffe Ehre, Moral, Rücksichtnahme, Selbstbeherrschung, Sparsamkeit, Opferbereitschaft beschleunigen in der modernen Dschungelgesellschaft diesen Prozeß.

Die Unzulänglichkeit, Ignoranz und Verbrechensfähigkeit der Menschen dieses kapitalistischen Systems nimmt immer mehr zu und führt zur unentwirrbaren Verfilzung zwischen Wirtschaft, Politik und Kriminalität.

Arme „freie Wirtschaft“ - (globalisierte Wirtschaft!):

Sie ist frei von Ethik, Anstand, Verantwortung, Ehrgefühl und Furcht.

Sie ist frei von allen Beziehungen zur Natur, zum Menschen, zum Leben.

Sie ist frei von Ideen, wie sie sich selber kurieren könnte.

Sie ist ein System des Niederganges.

#### **Daher „freie Wirtschaft“!**

Ein Beispiel soll die Internationalisierung der Deutschen Wirtschaft exemplarisch verdeutlichen:

Der amerikanische Konzern Dow Chemical erhielt das Chemiekombinat Buna zum symbolischen Preis von 1 DM.

Die Bundesregierung zahlte an Brüssel einen Extrabetrag von 10 Mrd. DM, der dann von Brüssel großzügig an das Unternehmen zurückfloß.

Die Amerikaner zeigten sich großzügig und warfen von 18 000 Arbeitern 14 000 hinaus. Mit weiterer Arbeitsplatzvernichtung sollten im Endstadium nur 2 200 Mitarbeiter übrig bleiben, die der neue amerikanische Eigentümer brauchte, um sein neues östliches Unternehmen zum Sprungbrett für die neuen europäischen Ostmärkte auszubauen.

Mit den 10 Mrd. Subventionen hätten die verlorengegangenen Arbeitsplätze auf Jahrzehnte unter deutschen Eigentumsverhältnissen gehalten werden können.

Der deutsche Steuerzahler bezahlt also einen US-Konzern dafür, daß dieser deutsches Volksvermögen kostenlos bekommt, tausende deutscher Arbeitsplätze vernichtet und obendrein noch 10 Mrd. Subventionen erhält. Der US-Konzern arbeitet also ohne Risiko, erzielt mit einer Rumpfbelegschaft zu Niedrigstlöhnen Milliardengewinne, die er nach Amerika transferiert. Von der Steuer ist das Unternehmen für viele Jahre ebenfalls befreit.

So wurde die mitteldeutsche Großindustrie an das internationale Großkapital verschenkt mit einer Anschubfinanzierung von 800 Mrd. DM, die der deutsche Steuerzahler aufzubringen hat.

Dr. Carsten Rohwedder war als Direktor der Treuhand mit der Abwicklung des DDR-Volksvermögens als erster betraut. Er sperrte sich gegen die Übertragung deutschen Volksvermögens in die Klauen der US-Hochfinanz.

Sein Leben beendete eine Kugel am 1. April 1991 - es sei die RAF gewesen, hieß es in amtlichen Verlautbarungen.

Seine Nachfolgerin, Frau Birgit Breuel, leistete dann ganze Arbeit. In einem Zeitraum von weniger als 3 Jahren brachte sie das Kunststück fertig, das deutsche Volk um genau 8048 neue und alte mitteldeutsche Betriebe zu befreien. Damit befreite sie gleichzeitig das deutsche Volk um eine florierende mitteldeutsche Wirtschaft, in welcher alle bis dato mit öffentlichen Geldern unterstützten Arbeitslosen ihren angestammten Arbeitsplatz behalten hätten.

Die Anschubfinanzierung in Höhe von 800 Mrd. DM hätte im eigenen Land auch gute Dienste geleistet, zumal dieses Geld von den Deutschen erwirtschaftet wurde und daher auch dem deutschen Volk zur Verfügung steht und zur eigenen Lebenserhaltung dienen sollte.

Unseren Politikern ist aber das Wohl des deutschen Volkes offensichtlich aus dem Blickfeld genommen worden. Es ist sicher erlaubt, an dieser Stelle anzunehmen, daß an mancher Stelle (anderes angenommen werden soll, als das deutsche Volk annehmen soll.

Aber offensichtlich haben die Finanzoligarchen der Ostküste wesentlich höher gesteckte Ziele, nämlich über die EU zur "Einen Welt".

- ➔ Kein Bürger in Europa wollte diese Union.
- ➔ Kein deutscher Bürger dachte an eine Währungsunion.

Der Euro wurde den Deutschen gegen den Willen der großen Mehrheit aufgezwungen. Der Euro ist damit ein Rechtsbruch. Bei der Einführung des Euro ist das Recht beiseite geschoben worden.

Der Rechtsbruch kann nur dadurch geheilt werden, daß Deutschland die Währungsunion verläßt. Der Euro vermag die verfassungsgebundene Stabilität nicht zu erreichen, weil das die politische Union voraussetzt.

Dieses wäre aber weder mit dem demokratischen Prinzip noch mit dem Sozialprinzip zu vereinbaren. Die politische Union würde Deutschland entstaatlichen und Europa entrechtlichen. Der Verfall des Rechts aber ist das Kennzeichen der derzeitigen Europäischen Union.

Die politische Union beendet nicht nur die existentielle Staatlichkeit der Völker, sondern die politische Existenz der Völker selber.

Die Vertreter eines Volkes haben nur die Befugnisse, welche ihnen das Verfassungsgesetz einräumt. Sie sind nicht befugt, den Staat als die Organisation des Volkes aufzulösen und in eine neue Gemeinschaft zu überführen .

Die existentielle Staatlichkeit Deutschlands ist in Artikel 20 GG verankert. Artikel 20 GG aufzuheben, verbietet Artikel 79, Abs. 3, GG, der sogenannte "Unabänderlichkeitsgrundsatz". Nach Artikel 21 Abs. 2 GG sind Parteien, die den "Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden", verfassungswidrig. Der "Bestand der Bundesrepublik Deutschland" ist auch die existentielle Staatlichkeit.

Sie merken unschwer, wie hier das Grundgesetz von unseren Politikern nicht nur mißachtet, sondern vollkommen beiseite geschoben wird, um bestimmte Ziele im Sinne der Hintergrundmächte zu erreichen.

Wie der Bürger hinters Licht geführt wird, erhellt folgender Tatbestand:

Europa wird vom Ministerrat und von der Kommission gestaltet, die beide kaum demokratisch legitimiert sind. 80 % aller Entscheidungen fällt der Ministerrat in nichtöffentlichen Sitzungen. Die Spitzen der nationalen Verwaltungen reisen aus den europäischen Hauptstädten an, erklären sich in Brüssel zur Legislative, schreiben sich ihre eigenen Gesetze, die sie dann, in ihre Länder zurückgekehrt, ausführen - und wenn dort Kritik laut wird, dann erklären sie, daß man gegen den mächtigen Gesetzgeber in Brüssel nichts machen könne.

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist offensichtlich!

Durch die Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 sind 10 weitere Staaten dazugekommen. Noch besteht eine Zuzugssperre. Doch die Großindustrie besteht darauf, daß diese aufgehoben wird. Dies wird eine Schockwelle hervorrufen, die einem doppelten Arbeitsmarktcrash gleichkommt. Werden die nach den Prognosen zu erwartenden 6-8 Mio. Osteuropäer der osteuropäischen Staaten kurzfristig gegen Westen ziehen und dort Arbeitsrecht haben, so werden alle Tarifvertrags- und Arbeitsschutzbarrieren überrollt.

Den Rest dürfen Sie sich selber ausmalen, und das Ganze wird noch finanziert und unterstützt durch den deutschen Steuerzahler.

Aber das Endziel ist ja die Privatisierung der Welt - die Errichtung der "Einen Welt"!

Würde dieses Ziel erreicht, wäre die normsetzende Kraft des Staates außer Kraft gesetzt, das Gesetz getötet. Parlament und Regierungen ständen unter Vormundschaft, Wahlen und Volksabstimmungen gäben keinen Sinn.

Ein Staat, der seinen Bürgern nicht das Gefühl der Sicherheit gibt, ihnen nicht ein Mindestmaß an sozialer Stabilität und Einkommen, eine berechenbare Zukunft sichert und ihnen keine öffentliche Ordnung im Einklang mit ihren moralischen Überzeugungen garantiert, ist ein zum Untergang verurteilter Staat.

Bundeskanzler Schröder will den Weg in die Globalisierung unterstützen, damit hat er sich als Landesverräter enttarnt.

Der deutsche Bundespräsident kommt von der Welthandelsorganisation, die ein reines Ausbeutungsinstrument zugunsten weniger großer Mega-Konzerne ist, die wiederum eng mit den internationalen Banken verflochten sind. Da kann man nachvollziehen, daß er seine Wohnung in New York behalten möchte, um die Wege zur Wall-Street möglichst kurz zu halten.

Die so schön klingende Bezeichnung "Freier Welthandel" dient also lediglich einem Ziel: der Beherrschung der Welt durch die Hochfinanz und der Ausbeutung der gesamten Menschheit.

Und lassen Sie mich eines herausstellen:

Eine Weltwirtschaft in den Händen einiger weniger Multis, die das wichtigste Produkt für den Menschen, die Nahrungsmittel, nach politischen Gesichtspunkten und gewinnträchtig verteilen, können jeden Staat in die Knie zwingen.

Genau daran arbeitet die Welthandelsorganisation!

Aber uns Deutschen geht es offenbar noch zu gut!

Wir haben im November/Dezember 2004 4.257.309 Arbeitslose, wir haben eine versteckte Arbeitslosigkeit von mindestens 1.435.337.

Wir haben eine Staatsverschuldung im Dezember von 2.821.059.809.032 DM (1.410.529.904.516 Euro).

Der Schuldenzuwachs pro Sekunde beträgt 5.320 DM (2.660 Euro) und die Schulden pro Kopf lagen im Dezember bei gut 34.180 DM (17.090 Euro).

Das hält unsere Bundesregierung nicht davon ab, jährlich Milliardenbeträge, als Entwicklungshilfe getarnt, zu verschleudern und sinnlos auszugeben.

Diese Gelder füllen die Taschen der Mächtigen, statt dort zu landen, wo sie dringend nötig und hilfreich wären.

Mehr als 60 % der gespendeten Gelder für die Dritte Welt gehen für Verwaltungskosten verloren, der Rest kommt meistens in die unrechten Hände.

Aber es kommt noch "besser"!

Unsere ach so demokratische Staatsführung sieht die Probleme im eigenen Lande nicht, sondern möchte die Probleme der Welt hier in der Bundesrepublik lösen.

Dazu interpretiert man Artikel 16 GG, der ein Asylrecht für Deutsche regelt, die in die Heimat zurückkehren möchten/müssen, bewußt falsch und hat hinterhältigerweise diesen Artikel 16 GG in ein Asylrecht für die ganze Welt umfunktioniert.

Der Parlamentarische Rat, der das vorgegebene Grundgesetz verkündete, wollte, daß jeder Deutsche, der im Ausland lebt, der wegen seines Eintretens für Freiheit und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und den Weltfrieden verfolgt wird, in der Bundesrepublik jederzeit Asylrecht genießt. **Das ist im Protokoll des Parlamentarischen Rates nachzulesen.** Gedacht war an die 17 Millionen Deutsche hinter dem Eisernen Vorhang, nicht aber an fremde Ausländer, wie die halbe Million Kurden, die mit ihrem Mutterland in Konflikt kamen und deshalb bei uns leben wollen.

**Im Parlamentarischen Rat wurde von allen drei Parteien ausdrücklich davon gesprochen, daß es beim Asylrecht sich nicht um Ausländer handeln werde, sondern um mögliches Schicksal von Deutschen im Ausland.**

Aber dieses Gesetz wird heute ausschließlich genutzt, um Fremde aufzunehmen und sozial zu versorgen, die oft von deutschem Boden aus gegen ihr bisheriges Mutterland agieren wollen, wie es nachweislich 50.000, also ein Zehntel der bei uns lebenden Kurden tun.

Dieses Asylunwesen kostet uns jährlich 2-stellige Milliardenbeträge.

Dazu kommt eine ungesteuerte Zuwanderung von Ausländern, die von der Bundesregierung mit etwa 7,4 Millionen beziffert wird, nach inoffiziellen Angaben spricht man von 10 - 14 Millionen Zugewanderten.

Statt durch zukunftssträchtige Investitionen die Grundlage für eine moderne Industrie zu schaffen, werden jährlich über 250 Milliarden DM (125 Mrd. Euro) - mehr als die gesamte jährliche Investitionsrate der gesamten deutschen Industrie - für Ausländer und Asylanten ausgegeben, eine Mißachtung der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

Im Grunde genommen verletzt diese Politik auch die Menschenrechte der hier angestammten Menschen, wenn deren Lebensraum in dem sowieso schon zu dicht bevölkerten Deutschland immer enger wird und sie aus vielen Stadtvierteln bereits verdrängt werden.

Auch die kommunalen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen sowie die Infrastruktur werden durch die ständig weiterfließende Zuwanderung immer stärker belastet.

Deutschland mit Millionen Dauerarbeitslosen muß mehr Immigranten verkraften als die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien, die alle um viele Male größer sind als Deutschland.

Dieses Asylrecht für die Weltbevölkerung beschert uns nicht nur ein Milliardenloch im Staatshaushalt, es brachte auch eine ungeahnte Kriminalität nach Deutschland und bedroht massiv die innere Sicherheit.

Wenn unsere Politiker von einem Nutzen durch Zuwanderung sprechen, ist das schlicht und einfach gelogen. Das IFO-Institut München hat die finanziellen Effekte der Migration für den deutschen Staat errechnet.

Danach verursacht jeder Ausländer in den ersten 10 Jahren ein Minus von 4.700 DM (2.367 Euro) pro Mann/Jahr. Die verursachten Kosten vom 10. bis 25. Jahr betragen 2.660 DM (1.330 Euro) pro Mann/Jahr. Erst ab dem 25. Jahr, wenn Ausländer sich hier eingelebt haben, entsteht ein Plus von 1.700 DM (853 Euro) pro Mann/Jahr. Es muß allerdings dazugesetzt werden, daß nach 5 Jahren die Hälfte der Zuwanderer wieder nach Hause zurückgekehrt ist und nach 25 Jahren mehr als 80 % entweder verstorben oder in ihr Heimatland zurückgekehrt waren.

Insofern besteht kein Zweifel, daß die Zuwanderung insgesamt für den Staat ein erhebliches Verlustgeschäft ist, das der Steuerzahler aufbringen muß.

Neben der finanziellen Armut ist Deutschland von einer Art Armut betroffen, die für unser Volk wohl die allerschlimmste ist, von Geburtenarmut. Diese hat nicht zuletzt mit der materiellen Benachteiligung junger und kinderreicher Familien in der Bundesrepublik zu tun.

Der deutsche Staat gewährt pro Tag und Kind im Schnitt 10 DM an Kindergeld. Doch jeden abgelehnten Asylbewerber, der hier geduldet, statt abgeschoben wird, läßt er sich - sehr zurückhaltend geschätzt - 100 DM am Tag kosten. Für Verbrecher in den Gefängnissen werden im Zeichen eines "liberalen" Strafvollzugs durchschnittlich 200 DM pro Tag und Einsitzendem aus Steuermitteln aufgewendet. Und jeder Vasallen-Bundestagsabgeordnete erhält allein an Grunddiäten und (steuerfreier) sogenannter Kostenpauschale täglich rund 700 DM aus der öffentlichen Kasse.

Statt die ohnehin viel zu knappen Mittel auf die finanzielle Förderung der Kinder des eigenen Volkes zu konzentrieren, sorgen hierzulande herrschende Politiker dafür, daß jährlich 5 Mrd. Kindergeld an Ausländer gehen. Damit wird der Nachwuchs von Angehörigen solcher Völker gefördert, die eine teils doppelte oder dreifache Geburtenrate als die Deutschen haben.

Ein Volk, das sich mit Hilfe des Auslands ergänzt, verliert seinen Charakter, seine Sitten und seine Kraft. Mit der Zeit verliert es dabei auch sein höchstes Gut - seine Nationalität.

Das Grundgesetz geht von einem deutschen Staatsvolk aus. Mit dem Wegfall des Begriffes "deutsches Volk" aus dem Grundgesetz oder der ethnischen Veränderung des deutschen Staatsvolkes würde das Grundgesetz obsolet. Der Begriff "deutsches Volk" besitzt aber im Grundgesetz die sogenannte Ewigkeitsgarantie; er kann auch mit qualifizierter Mehrheit nicht geändert oder beseitigt werden.

Daß eine verfassungswidrig zuerkannte Staatsbürgerschaft auch wieder aberkannt werden kann, darauf sei hiermit hingewiesen.

Die Integration mißachtet jedoch den Anspruch der zu Integrierenden auf die Erhaltung ihrer Identität. Zudem verurteilt die Konvention gegen Völkermord von 1947 derartige identitätszerstörende Absichten. Wir brauchen also keine Gesetze zur Förderung der Integration, sondern Gesetze zur Förderung der Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat, damit sie ihren Völkern erhalten bleiben.

Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine "multikulturelle Gesellschaft" ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren dürfen.

Zur Erhaltung der Völkervielfalt dient heute als jus cogens (zwingendes Recht) das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Alle diese Entscheidungen - Asyl, Ausländer, EU, Währungsunion, Benachteiligung deutscher Familien - sind zum Nachteil, zur Vernichtung und zur Auflösung des deutschen Volkes getroffen worden.

Die Herren Morgenthau, Kaufmann, Nizer, Hootton würden sich freuen, ihre Pläne heute verwirklicht zu sehen.

Dabei hätten die Entscheidungen anders aussehen müssen, wenn man das sog. Teso-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. Oktober 1987 zugrunde legt. Dort heißt es:

**„Es besteht die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes.“**

Zur Identität gehören die demographische und ethnische Erhaltung und Entfaltung unseres Volkes, seiner Sprache, seiner Kultur, seines Rechtslebens und seines Staates, aber auch die eigene Verfügung über die Lenkung der Staatsgeschäfte, seine Rohstoffgrundlagen, seine Wirtschaft, seine Finanzen und sein Geld.

Damit sind bereits die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EU ebenso rechtswidrig, wie die Abtretung von Souveränitätsrechten an die Euro-Diktatur, die Abschaffung der eigenen Währung, der Zwang zur Aufhebung von Schutzmaßnahmen zugunsten einer eigenständigen Wirtschaft und gesunden Nahrungsversorgung sowie alle zur kapitalistischen Profitmaximierung gesteuerten Einwanderungen, die massenhafte Einbürgerung von Ausländern und die von der Euro-Diktatur betriebene neomarxistische Egalisierung aller Lebensbereiche in allen europäischen Staaten.

Wie verbrecherisch die Nachkriegspolitik war und ist, soll an weiteren Beispielen schlaglichtartig dargestellt werden.

Seit 1985 gibt es russische Angebote an die Bundesregierung, über die Wiedervereinigung zu sprechen:

- 1985 war es der Vorschlag, die Siegermächte und die beiden deutschen Regierungen sollten sich in Thorgau aus Anlaß des 40jährigen Kriegsendes treffen. Bonn lehnte ab.
- 1986 bot Gorbatschow Weizsäcker an, mit ihm im "Spiegel" über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und dem Wunsch nach Einheit zu diskutieren. Bonn lehnte ab.
- 1987 kam der Vorschlag, aus Anlaß der 175sten Wiederkehr der Konvention von Tauroggen und der anschließenden preußisch-russischen Waffenbrüderschaft im Befreiungskrieg gegen Napoleon sich dort - an der ostpreußisch-litauischen Grenze - zum Gespräch zu treffen. Bonn lehnte ab.
- 1988 Im April 1988 sagte Daschitschew in Bonn, die Mauer sei ein Relikt des kalten Krieges, sie sollte verschwinden. Nur die DDR protestierte, aus Bonn erfolgte keine Reaktion.

Daschitschew sagte damals: „Was sollen wir noch machen, um den Deutschen die Wiedervereinigung anzubieten?! " "

Tatsächlich hatten die Sowjets keinen Partner im Westen, keine westdeutsche Partei gefunden, mit denen sie dieses Geschäft - unter Umständen schon im März 1952 - hätten machen können.

Gorbatschow hatte die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit den besetzten polnischen Gebieten ausarbeiten zu lassen. Aber bei den "2+4"-Verhandlungen mußte er überrascht feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete - Ostpreußen, Pommern und Schlesien - nicht wollten.

Die Polen waren damals bereit, die deutschen Provinzen an Deutschland wieder abzutreten, aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekümmert, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. "Die Deutschen akzeptieren diese Grenze", waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden.

Mit Hartz IV werden voraussichtlich hunderttausende unserer Landsleute klammheimlich enteignet. Interessant wird sein, wer die Sachwerte dieser armen Menschen aufkaufen wird. Werden es wieder USraelische Fonds sein?

Wirtschaftssicherstellungsverordnung (WiSiV): Allein mit der WiSiV wird die gesamte Wirtschafts- und Leistungskraft der Bundesrepublik an „den Bedarf der verbündeten Staaten und Organisationen im Rahmen eines Bündnisvertrages" ausgeliefert (das deutsche Volk kann - nun endlich auch gesetzlich geregelt - verhungern, wenn nur ein Verbündeter seine Nahrungsmittel einfordert)!

Der "Europäische Haftbefehl" — ein Willkür- und Terrorinstrument! Der "Europäische Haftbefehl" kann für jeden Bewohner Europas zur Katastrophe werden! Dieser "Europäische Haftbefehl" ist seit dem 23. August 2004 bei uns geltendes Recht, kann jedoch auch auf Straftaten angewandt werden, die vor der Ratifizierung begangen wurden! Demnach kann jeder für eine tatsächlich oder angeblich begangene Handlung auf Ersuchen an jeden beliebigen EU-Staat ausgeliefert werden, auch wenn die Handlung in Deutschland gar nicht strafbar ist, sondern nur nach dem Strafgesetz des um Auslieferung ersuchenden Staates.

Es ist noch nicht einmal notwendig, die Tat im auslieferung ersuchenden Land begangen zu haben! Und wenn es sich bei dieser realen oder Ihnen auch nur unterstellten Tat um eine solche handelt, die auf einer Liste von insgesamt 32 Straftaten steht, auf die sich alle EU-Länder geeinigt haben, dann findet in ihrer Heimat keinerlei Überprüfung statt, ob sie auch wirklich schuldig sind!

Einige dieser 32 Straftaten lauten: Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Terrorismus, Korruption, Betrugsdelikte, Cyberkriminalität, Umweltkriminalität, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Sabotage usw.

In einem Ärzteblatt von Oktober 2002 stand zu lesen:

„Der Wettbewerb zwingt zur Erschließung neuer Märkte. Das Ziel muß die Umwandlung aller Gesunden in Kranke sein, also in Menschen, die sich möglichst lebenslang sowohl chemisch-physikalisch als auch

psychisch für von Experten therapeutisch, rehabilitativ und präventiv manipulierungsbedürftig halten, um "gesund leben" zu können. Das gelingt im Bereich der psychischen Störungen aber noch besser, zumal es keinen Mangel an Theorien gibt, nach denen fast alle Menschen nicht gesund sind."

Der Arzt und Theologe Dr. Hamer hat ein biologisches Gesetz entdeckt, wie Krebs entsteht und eine darauf aufbauende Therapie, um Krebs zu heilen.

Er hat über 30.000 Menschen, Heilquote annähernd 98 %, von dieser tödlichen Krankheit befreit. Seine Habilitationsschrift, die diese Erkenntnisse zum Inhalt hat, und eine Gesundung von Krebspatienten einleiten könnte, wurde nicht angenommen.

ÄrztKollegen, die nach seiner Methode heilen, mußten bei den jeweiligen Kammern abschwören, um ihre Zulassung behalten zu können.

Dr. Hamer selbst wurde vor wenigen Monaten verhaftet.

So kann die Pharma-Industrie mit ihren Chemotherapien jährlich 100 Milliarden DM Umsatz machen mit der Gewißheit, viele Menschenleben zu vernichten und daran noch prächtig zu verdienen.

Die Pisa-Studie hat erhebliche Mängel in der Ausbildung deutscher Schüler ans Tageslicht befördert.

Da verwundert es schon nicht mehr, wenn "Homosexualität" fächerübergreifendes Unterrichtsthema in Niedersachsen wird.

Es heißt im Blatt der Landesregierung: Der Kulturausschuß des Landtags hat sich bei der Beratung eines Entschließungsantrages der Bündnis-Grünen mehrheitlich darauf geeinigt, daß das Thema „Homosexualität“ bei der Überarbeitung der Richtlinien für den Unterricht an allen Schulen aufzunehmen ist. Aufgabe der Schule sei es, Kindern und Jugendlichen ausführliche und vorurteilsfreie Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu vermitteln und der offenen oder latenten Abwertung gleichgeschlechtlicher Beziehungen entgegenzutreten, heißt es in der Beschlußempfehlung des Ausschusses.

Unterrichtsziel soll dabei sein, lesbische und schwule Lebensgemeinschaften nicht nur zu benennen, sondern auch frühestmöglich zu thematisieren.

Der ganze Fragenkomplex soll Eingang finden in die Fächer Biologie, Geschichte, Deutsch, Werte und Normen, Religion, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde und Politik.

Entsprechende Unterrichtsbegleitmaterialien sollen entwickelt und die Schulbuchverlage auf die Änderung hingewiesen werden. Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sollen integraler Bestandteil von Schulbüchern werden.

Zudem soll die Lehrerfortbildung zum Thema „Homosexualität“ intensiviert werden und sich besonders an heterosexuelle Lehrkräfte richten. Schließlich soll homosexuellen Schülerinnen und Schülern durch Vertrauenslehrer kompetente Hilfe angeboten werden.

Wo einst Deutschland war, ist heute ein Leerraum, in dem sich eine namenlose Angst aufstaut; denn vor und hinter diesem Volk lauert der Abgrund seines Unterganges.

Deutsch sein, auch im lautersten Sinn, ist in dieser Republik verpönt. Es ist im hohen Maße bedrückend und erschütternd, die alltägliche Selbstverdrängung und Selbstverstümmelung unserer BRD-Deutschen mitzuerleben.

Kulturelle Selbstbestimmung ist die Voraussetzung für alles andere. Denn es gibt kein Volksein ohne kulturelle Identität, und der spirituelle und kulturelle Substanzverlust bietet immer einen Nährboden für die falschen Götzen.

Wir erkennen, die Politik in Deutschland aber auch weltweit ist eine unselige Allianz eingegangen mit der Großindustrie und den Finanzoligarchen zum Nachteil und zur Dezimierung der Völker weltweit. Das ist das kapitalistisch-materialistische Ausbeutungsmodell, bei dem Geld und Macht die alles beherrschende Ideologie ist.

Unser Bürgertum hat auch dieses Mal versäumt, in wirkungsvoller Weise Deutschland vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Wie immer muß das normale, gesund gebliebene Volk den kontrollierten Aufstand riskieren. Dazu bedarf es ruhiger Köpfe, um die Staatsgeschäfte in eine neue Richtung zu bekommen.

Wir Deutschen müssen unser Denkmodell des **deutschen Idealismus** in den Köpfen unserer Mitbürger verankern. In diesem Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept steht der Mensch als Teil der Natur im Mittelpunkt.

Und das ist auch die Botschaft der **Reichsidee**, und deshalb ist es **unsere heilige Pflicht, daran festzuhalten**.

**Im Endeffekt war also langer Rede kurzer, aber für uns alle doch sehr klarer Sinn, daß das deutsche Volk zwar untergehen soll, aber nie untergehen wird.**

\*\*\*\*\*

Aus „Der Eckart“ Januar 2005, Seite 8:

### **Verdeutschung für das Wort interessant**

Reizvoll (paßt fast immer), beachtenswert, seltsam, spannend, fesselnd, anziehend, merkwürdig, anregend, packend, aufregend, blendend, einnehmend, hinreißend, wirkungsvoll, beachtlich, sehenswert, hörenswert, auffallend, lesenswert, bedeutsam, unterhaltend, bedeutend, sonderbar, aufregend, eindrucksvoll, hinreißend, wissenswert, wirkungsvoll, unterhaltend, belangreich, unterhaltsam, eigentümlich, kurzweilig, vielsagend, genußreich, von Wert, gibt zu denken, macht von sich reden.

\*\*\*\*\*

In Zeitungen und im Fernsehen sowie im Rundfunk hört und liest man oft „ganz viel“ statt besonders viel; denn „halb viel“ gab und gibt es auch bei PISA-Geschädigten nicht.

\*\*\*\*\*

### **Verluste der deutschen Kriegswehrmacht**

Der Militärhistoriker R. Overmanns hat 1998 sein inzwischen leider vergriffenes Buch „Deutsche Militärverluste im Zweiten Weltkrieg“ veröffentlicht.

Seine Angaben decken sich mit der Zusammenstellung des Historikers Jurij Lebedev ( St. Petersburg).

Die Personalstärke der Großdeutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg betrug:

**Heer:** 13,6 Millionen  
**Luftwaffe:** 2,5 Millionen  
**Kriegsmarine:** 1,2 Millionen  
**Waffen-SS:** 0,9 Millionen

Die Zahl der Toten beträgt nach Overmanns insgesamt **5,3 Millionen**. Demnach ist jeder dritte Soldat nicht zurückgekehrt. Die größte Anzahl an Gefallenen - **2,743.000** - oder 51,6 Prozent - gab es an der Ostfront.

Im Verhältnis erlitt die Waffen-SS die größten Verluste; an der Front und in Gefangenschaft kamen 34,4 Prozent ihrer Soldaten ums Leben, das heißt jeder Dritte, an der Ostfront jeder Zweite. Besonders groß waren die Verluste des Jahrgangs 1925. Von diesem Jahrgang sind zwei von fünf Soldaten nicht zurückgekehrt.

Die toten Soldaten sind nicht Opfer, sondern Blutzugehen des Kampfes für das Lebensrecht und für die Zukunft ihres Volkes ! Wer sie schmäht, ist ein rachsüchtiger Feind .

\*\*\*\*\*